



**Gemeinderat Graz:
Damit Sie wissen, was im Rathaus vorgeht!**

Gemeinderatssitzung 15. März 2018



GRAZ
www.kpoe-graz.at

KPO informiert:

Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs

Grazer Volksschulen: (Warm-)Wasser marsch!

Aus vielen Wasserhähnen fließt ausschließlich Kaltwasser

Die Grippewelle hat heuer im Vergleich zum Vorjahr rund das doppelte Ausmaß erreicht. Händewaschen gilt als eine wichtige Vorbeugungsmaßnahme.

Doch aus den Wasserhähnen etlicher Grazer Schulen fließt leider ausschließlich Kaltwasser. Das animiert die Schülerinnen und Schüler nicht gerade zum Händewaschen. Im Hygieneplan für Schulen des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur wird dezidiert auf die Wichtigkeit des Händewaschens hingewiesen und dass die dafür nötige Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden soll (Warm- und Kaltwasser in Toiletten und Duschräu-



men). Um der Gefahr von Verbrühungen durch Heißwasser vorzubeugen, wird der

Einbau eines Temperaturreglers (<40°C) empfohlen.

„Bevor man von Graz als Olympiastadt träumt, sollte man zuerst einmal dafür sorgen, dass es an allen unseren Volksschulen auch ausreichend Warmwasser gibt!“, mahnte KPÖ-Bildungssprecher **Andreas Fabisch**. Er beantragte die raschestmögliche Ausstattung sämtlicher Sanitäranlagen an den Grazer Schulen mit Warmwasseranschlüssen.



Graz gegen Zecken

Egal, ob zum ersten Mal oder Auffrischungsimpfung. In der städtischen Impfstelle in der Schmiedgasse 26, im 2. Stock kann man sich jetzt wieder gegen FSME immunisieren lassen.

„Die Impfstelle des Gesundheitsamtes ist nicht nur kostengünstig, sondern bietet auch einen Spezialservice: Wer einmal dort war, um sich impfen zu lassen, bekommt automatisch eine Verständigung, wenn es Zeit für eine Auffrischungsimpfung ist“, erklärt Gesundheitsstadtrat **Robert Krotzer** (KPÖ).

Nähere Infos finden Sie unter graz.at/impfstelle bzw. 0316 872-3222

KOMMENTAR



Olympia-Volksbefragung: Die Chance nützen

Liebe Grazerin!
Lieber Grazer!

Die KPÖ ist den Grazerinnen und Grazern verpflichtet. Als zweitstärkste Partei haben wir eine Gesamtverantwortung für unsere Stadt. Deshalb prüfen wir genau, welche Vorschläge der schwarz-blauen Rathausmehrheit im Interesse der Bevölkerung sind und welche nicht.

Beim überstürzt ausgerufenen Projekt Olympia 2026 ist nur eines sicher: eine große Belastung der schon jetzt angespannten Stadtfinanzen. Alles andere steht in den Sternen.

Auf alle Fälle müssen die Menschen in unserer Stadt das Recht haben, über dieses Projekt abzustimmen. Deshalb sammeln wir jetzt Unterstützungserklärungen für eine Volksbefragung.

Ich bitte Sie darum, mit Ihrer Unterschrift mitzuhelfen, damit überfallsartige Entscheidungen einer kleinen Gruppe von Spitzenpolitikern der Vergangenheit angehören.

Diese Chance sollten wir nützen.

Einigen Politikern gefällt es nicht, dass wir nicht nach ihrer Pfeife tanzen. Das ist mir klar. Früher hat man mir vorgeworfen, dass ich mich nur um das Wohnen und um sonst nichts kümmern würde, jetzt wirft man mir vor, dass ich zu wichtigen Fragen eine andere Haltung habe als Nagl oder Eustacchio.

Aber das gehört zur Demokratie. Es muss immer eine Alternative geben.

STADTRÄTIN ELKE KAHR

Rathaus, 2. Stock, Tür 236, Tel. 0316 / 872-20 60

Kein Olympia in Graz ohne Volksbefragung!

Unterschriftenlisten zum Download gibt es auf www.kpoe-graz.at, bei der KPÖ-Graz, Volkshaus, Lagergasse 98 a, 8020 Graz (Tel. 0316 71 24 79)

oder im KPÖ-Gemeinderatsklub, Rathaus-Hofgebäude, Zi. 116 (0316 872 2151)



Urlabsaktion für SeniorInnen

Die Urlabsaktion für einkommensschwache SeniorInnen hat steiermarkweit Tradition. An fünf über den Sommer verteilten Terminen können diese SeniorInnen sich in ausgewählten steirischen Gasthöfen erholen. Nur die Stadt Graz unterstützt diese Aktion als einzige steirische Gemeinde



seit Jahren nicht mehr. Deshalb stellte KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer** den Antrag, dass die Stadt Graz sich wieder an dieser Urlabsaktion beteiligen soll. „Denn auch Grazer SeniorInnen mit geringer Pension sollen diese Möglichkeit der Erholung haben“, betonte Taberhofer.

Einkaufszentrum Seiersberg: Stadt muss handeln

Bereits 2016 hat der Verfassungsgerechtshof die Rechtswidrigkeit des Einkaufszentrums in Seiersberg festgestellt, woraufhin das Land juristisch fragwürdige Beschlüsse zum Erhalt des Shopping-Centers gefasst hat. Durch das SCS gehen der Grazer Innenstadt Kaufkraft und Arbeitsplätze verloren. Schon seit Jänner gibt es ein Rechtsgutachten zur Causa Seiersberg, das eine Reihe von neuen, gewichtigen Bedenken auflistet. Bereits im Jänner hätte es auch dem Stadtsenat vorgelegt werden sollen, der darauf



aufbauend die Erhebung einer Beschwerde bei der Volksanwaltschaft beschließen könnte. Das Stadtsenatsstück wurde jedoch abgesetzt – angeblich auf „persönliche Intervention von Landeshauptmann Schützenhöfer“ (Kleine Zeitung). „Wann wird das besagte Rechtsgutachten endlich dem Stadtsenat vorgelegt, damit er weitere Schritte zugunsten des Grazer Innenstadthandels in die Wege leiten kann?“, fragte KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger** den Bürgermeister.

Bekennnis zu Alt-Grottenhof

Im Jänner stimmten 96,5% der BewohnerInnen von Wetzelsdorf für den Erhalt der Flächen von Alt-Grottenhof. Trotzdem hat die ÖVP im Land Steiermark diese BIO-Ackerflächen zum Verkauf ausgeschrieben und präsentiert diese Bauinvestoren als „ruhiges, künftige äußerst attraktives Wohngebiet“. Deshalb hat KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger** beantragt, dass die Stadt Graz das Ergebnis

der Volksbefragung ausdrücklich anerkennt: „Der Gemeinderat soll sich im Sinne der WetzelsdorferInnen zum Erhalt dieser Flächen in ihrer derzeitigen Form bekennen“, so Luttenberger. Laut Steiermärkischem Volksrechtsgesetz ist dieses Ergebnis für den Grazer Gemeinderat nämlich nicht bindend. Eine Umwidmung in Bauland wäre mittels einer Zweidrittelmehrheit immer noch möglich.

Rettet das Girardi-Haus

Alexander Girardi war ein großer Grazer Volkschauspieler. Sein Geburtshaus, einst ein bekanntes Kellerlokal, verfällt nun Stück für Stück. „Im April begehen wir den 100. Todestag von Alexander Girardi. Vielleicht bietet dieses Jubiläum einen neuen Anstoß, um endlich eine zufriedenstellende Lösung zu finden“

hofft KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch**. In seinem Antrag forderte er Vizebürgermeister Eustachio auf, gemeinsam mit Bundesdenkmalamt, ASVK und dem Eigentümer eine zufriedenstellende Lösung zu suchen, um das geschichtsträchtige Haus vor dem drohenden Verfall zu retten.

Versammlungsfreiheit nicht einschränken

Unter dem Vorwand, Demonstrationen in der Innenstadt würden den Verkehr behindern und die öffentliche Sicherheit gefährden, hat die FPÖ den Antrag gestellt, eine Petition an den Bundesgesetzgeber zu richten, damit dieser die Versammlungsfreiheit einschränkt. „Die FPÖ stellt hier die Versammlungsfreiheit (ein europarechtlich geschütztes Grundrecht, seit 1867 im Staatsgrundgesetz und natürlich auch Teil der Europäischen Menschenrechtskonvention) auf die gleiche Stufe mit einer Verkehrsbehinderung“, so KPÖ-Gemein-

derat **Andreas Fabisch** in seiner Wortmeldung. „Liest man den gesamten Antrag, wird man den Verdacht nicht los, dass die FPÖ viele Demonstrationen grundsätzlich stören. Und wenn sie schon stattfinden müssen, dann vielleicht im Volksgarten oder einmal um den Kalvarienberg, aber nicht in der Herrengasse und am Hauptplatz!“, warnte der Gemeinderat vor Angriffen auf die Versammlungs-, aber auch die Rede- und Pressefreiheit. Erschreckend: Der FP-Antrag wurde mit Unterstützung der ÖVP beschlossen.

Straßennamen im NS-Gedenkjahr

Vor vier Jahren hat eine Historikerkommission zur Straßenbenennung in Graz nach NS-Unterstützern und Kriegstreibern ihre Arbeit aufgenommen. Die Ergebnisse ihrer Arbeit wurden aber bis dato nicht der Öffentlichkeit präsentiert. „Dabei würde sich doch gerade das Gedenkjahr



2018 anbieten, sich mit einem kritischen Umgang mit der Vergangenheit deutlich politisch zu positionieren“, so KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**. Auf ihre Anfrage an Bürgermeister Nagl sagte dieser zu, die Ergebnisse der Kommission noch im März bekanntzugeben.

Beratung für Kulturschaffende

Viele Grazer Kulturschaffende arbeiten unter prekären Bedingungen. Wer zum AMS geht, wird dort nur selten seiner künstlerischen Profession entsprechend beraten. „In Wien gibt es das Team4 KünstlerInnenservice des AMS, welches für Beratung und Vermittlung von KünstlerInnen und Kulturschaffende zuständig ist“, weiß KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**. Sie

stellte daher im Gemeinderat den Antrag, dass die Stadt Graz sich mit dem AMS in Verbindung setzen soll, um eine bessere Beratung und Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern analog zum Modell des Wiener AMS, eventuell in Zusammenarbeit mit der Stadt Graz, zu erarbeiten. Der Antrag wurde abgelehnt: ÖVP und FPÖ haben dagegen gestimmt.



**MIETER
NOTRUF
0316 717108**